

(1999/C 182/130)

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-3551/98
von Katerina Daskalaki (UPE) an die Kommission

(1. Dezember 1998)

Betrifft: Neue türkische Drohungen gegen Zypern

Nach seinem jüngsten Besuch in dem von türkischen Streitkräften militärisch besetzten Nordteil Zyperns am 5.11.1998 wiederholte der türkische Ministerpräsident Yılmaz in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem türkisch-zyprischen Führer Raouf Denktasch, daß eine mögliche intensive Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen mit Zypern als „Antwort die Eingliederung der besetzten Territorien in die Türkei zur Folge haben wird“.

Kann die Kommission, die allerlei juristische Gratwanderungen vollführt, um bestimmte Finanzleistungen der EU an die Türkei durchzusetzen, mitteilen, ob und in welcher Form sie auf diese Drohungen zu reagieren gedenkt, und ob sie einem Drittland weiter die Möglichkeit einräumen wird, sich auf diese Weise in Verhandlungen der Union mit einer unabhängigen Republik, die allen großen internationalen Organisationen angehört, einzumischen?

Antwort von Herrn van den Broek im Namen der Kommission

(18. Dezember 1998)

Die Kommission ist über die von dem Herrn Abgeordneten erwähnten Erklärungen unterrichtet. Wie dem Herrn Abgeordneten sicher bekannt ist, haben Herr Denktash und der Präsident Demirel bereits im Januar 1997 eine gemeinsame Erklärung mit dem Ziel einer schrittweisen Integration des Nordteils der Insel Zypern in die Türkei unterzeichnet. Im Juli 1998 unterzeichneten die Türkei und der Nordteil der Insel ebenfalls ein Assoziationsabkommen.

In dem am 4. November 1998 angenommenen „regelmäßigen Bericht über die von der Türkei auf dem Weg zum Beitritt erzielten Fortschritte“ hat die Kommission zu den vorstehend erwähnten Erklärungen bzw. Maßnahmen Stellung genommen; sie ist der Meinung, daß sie „mit der entsprechenden internationalen Rechtsauffassung nicht vereinbar sind, die aus den einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen hervorgeht und der die Europäische Union vorbehaltlos zustimmt“; diese Resolutionen stützen sich insbesondere auf die Schaffung einer aus zwei Zonen und Gemeinschaften bestehenden Föderation. In dem genannten Dokument bringt die Kommission auch ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß „die mit Unterstützung des Sicherheitsrats und der Europäischen Union geführte Vermittlungsmission des Generalsekretärs der Vereinten Nationen aktiv von allen interessierten Parteien unterstützt werden sollte“

Entsprechend dem vorgesehenen Zeitplan sind die Beitrittsverhandlungen mit Zypern seit dem 10. November 1998 in eine konkrete Phase getreten. Die Kommission hofft, daß die türkischen Vertreter Zyperns den Vorschlag der Vertreter des griechischen Teils von Zypern, an den Verhandlungen teilzunehmen, positiv aufnehmen werden.

Die Kommission stimmt der Feststellung des Rates zu, nach der sich die Fortschritte in Richtung auf den Beitritt und die in Richtung auf eine gerechte und sinnvolle Lösung des Zypernkonflikts gegenseitig zugute kommen.

(1999/C 182/131)

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-3562/98
von Klaus Lukas (NI) an die Kommission

(1. Dezember 1998)

Betrifft: Der Europäische Entwicklungsfonds als „Milchkuh“

Herr Dr. Nikolas Alexandrakis hat in seinem Buch „The Lost Vision“ schwere Vorwürfe gegen das Finanzmanagement der Kommission in ihrer Entwicklungshilfe erhoben. Unter anderem soll auf Anweisung des Generaldirektors der GD VIII durch Lomé-Fonds eine großzügige Alimentierung von Diktatoren erfolgt sein. So sei das blutige Regime des Sergeanten Doe in Liberia, in dem Dr. Alexandrakis als Delegationsleiter der EU-Kommission akkreditiert war, auf diese Weise unterstützt worden. Dem Vernehmen nach hat Dr. Alexandrakis die Dienststellen in Brüssel (GD VIII) davon in Kenntnis gesetzt, daß Minister und Beamte des Doe-Regimes den Europäischen Entwicklungsfonds als ihre persönliche Milchkuh zur Selbstbereicherung betrachteten (S. 49). So sollen Gelder der Kommission für Entwicklungsprojekte regelmäßig und systematisch